# V1NEU Unterstützung für TVStud!

**Gremium:** 2. Länderrat 2022
**Beschlussdatum:** 18.12.2022
**Tagesordnungspunkt:** V Verschiedenes

## Antragstext

Neben Schule, Ausbildung und Studium noch zu arbeiten, um sich das Leben leisten zu können, ist für viele junge Menschen nicht eine Ausnahme, sondern die Regel geworden. Prekäre Arbeitsbedingungen sind hierbei die Alltagsrealität vieler. Gerade in Zeiten von Preisteigerungen, Mieterhöhungen und sozialer Unsicherheit sehen sich junge Menschen vor akuten finanziellen Sorgen, die aber auch vorher schon präsent waren. Dass dieser Zustand kein Zufall ist, sondern strukturell und politisch gewollt, sehen wir unter anderem an Arbeitsverhältnissen studentischer Beschäftigter an Universitäten und staatlichen Forschungseinrichtungen. Anstatt die katastrophale Unterfinanzierung der Hochschulen anzugehen, wird die schlechte Bezahlung von Studierenden auch noch ideologisch gerechtfertigt und der Job dort zum Teil der akademischen Ausbildung erklärt. Ein Lohn, der sich, wenn überhaupt, nur knapp über dem Mindestlohn bewegt, reicht bei begrenzter Arbeitszeit und noch immer viel zu schlechten Bedingungen im BAFöG nicht zum Überleben, und häufig nicht mal für die Miete. Andersrum bedeutet das auch, dass man sich die Arbeit und den Zugang in die Forschung und in der Universität erst einmal leisten können muss, denn von dieser Beschäftigung allein wird man nicht über die Runden kommen. Das lassen wir uns nicht gefallen!

Deshalb erklärt sich die Grüne Jugend solidarisch mit der Initiative „TVStud – Tarifvertrag für Studentische Beschäftigte jetzt!“ und unterstützt die politische Forderung nach einem Tarifvertrag zur Verbesserung der Arbeits- und Vertragsbedingungen von Studentischen Beschäftigten.

Deswegen werden wir die Tarifauseinandersetzungen und die aufkommenden Streiks mit unseren Gliederungen vor Ort und in den Ländern unterstützen und uns strategisch mit ihnen vernetzen, um gemeinsame Hebel zu finden und den öffentlichen Druck zu erhöhen.

Die Blockadehaltung durch den Arbeitgeberverband TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder) muss endlich aufgehoben werden. Dazu fordern wir die Finanzministerien der Bundesländer dazu auf, sich in den Tarifrunden der Länder dafür einzusetzen, dass diese Tariflücke im öffentlichen Sektor endlich

geschlossen wird.

Wir setzen uns dafür ein dass innerhalb von Bündnis 90 / Die Grünen ein Bewusstsein für dieses Ziel und eine Sensibilisierung für das Thema Tarifbindung geschaffen wird.